

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses der Stadt Eschweiler am 14.08.07, 17.30 Uhr, im Rathaus, Johannes-Rau-Platz 1, Raum 7.

Anwesend waren

a) Ratsmitglieder

SPD:

Agnes Zollorsch, Stephan Löhmann, Dieter Könnike , Wilhelm Koch, Dagmar Rütten,

CDU:

Regina Faschinger, Othmar Krauthausen, Ralph Willms, Frank Kortz,

b) Sachkundige Bürger

SPD:

Ilse Frohn, Willi Broschk, Stefan Kemmerling

CDU:

Jacqueline Mertens

UWG:

Peter Schubert

Bündnis 90/Die Grünen:

Georg Ranly

FDP:

Dorothea Weißels

c) Sachkundige Einwohner:

Peter-Heinz Bauer, Monika Leuchter, Wilfried Pinhammer, Mariethres Kaleß

d) Verwaltung

Manfred Knollmann

Winfried Effenberg

Leo Breuer

Hedwig Assenmacher

Jürgen Rombach

Michaela Zentis – Schriftführerin

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

A 1) Einführung und Verpflichtung des Sachkundigen Bürgers Georg Ranly
§ 67Abs. 3 i.V.m. § 58 Abs. 2 GO NRW

A 2) Genehmigung einer Niederschrift

A 3) Bericht über die Landesseniorenkonferenz der Landesseniorenvertretung
NRW e.V.

A 4) Seniorenzentrum Marienstraße 7;
Veranstaltung „Heiligabend nicht allein“

A 5) Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

A 6) Umgestaltung der Grünanlage Bismarckstraße/Franzstraße

A 7) Der neue Regelsatz der Sozialhilfe ab 01.07.2007

A 8) Anfragen und Mitteilungen

B Nichtöffentlicher Teil

B 1) Anfragen und Mitteilungen

Sitzung

A Öffentlicher Teil

Frau Zollorsch eröffnet zunächst die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Punkt A 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung des Sachkundigen Bürgers Georg Ranly § 67 Abs. 3 i.V.m. § 58 Abs. 2 GO NRW

Durch Frau Zollorsch erfolgt die Einführung und Verpflichtung des Sachkundigen Bürgers Georg Ranly.

Die Verpflichtungsformel lautet: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde.“

Zu Punkt A 2 der Tagesordnung

Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt A 3 der Tagesordnung

Bericht über die Landesseniorenkonferenz der Landesseniorenvertretung NRW e.V.

Herr Bauer berichtet über die Teilnahme an der Landesseniorenkonferenz in der Erft-halle in Kerpen Türnich am 25.04.07.

Er stellt Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht, der gestellten Anträge und das Ergebnis der Wahlen vor.

Die Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung ist zur Kenntnis dieser Niederschrift beigefügt.

Zu Punkt A 4 der Tagesordnung

Seniorenzentrum Marienstraße 7; Veranstaltung „Heiligabend nicht allein“

Am Heiligabend wird älteren allein lebenden Bürgern die Möglichkeit geboten, einige besinnliche Stunden in der Gemeinschaft mit anderen Senioren im Seniorenzentrum Marienstraße 7 zu verbringen.

Der Ausschuss stimmt dem Beschluss einstimmig zu.

Zu Punkt A 5 der Tagesordnung

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Herr Rombach verweist auf den bereits erfolgten Vortrag in der Sitzung am 28.11.06 und erläutert nun die Aktualisierung aufgrund der bevorstehenden Gesetzesänderung.

Herr Löhmann fragt nach den finanziellen Auswirkungen, da nun erst nach 48 Monaten höhere Leistungen in Anspruch genommen werden können.

Herr Rombach führt aus, dass das Gesetz noch vom Bundespräsidenten unterschrieben werden muss und hiermit im Okt. 07 gerechnet wird. Er könne zwar zu Ersparnissen kommen, jedoch wäre dies nur befristet zu sehen, da sich der Zeitraum zwar von 36 Monaten auf 48 Monaten erhöhe, aber nur ein geringer Personenkreis davon betroffen wäre.

Sobald weitere Änderungen bekannt werden, wird Herr Rombach den Ausschuss umgehend informieren.

Zu Punkt A 6 der Tagesordnung

Umgestaltung der Grünanlage Bismarckstraße/Franzstraße

Der Ausschuss diskutiert die geplante Umgestaltung der Grünanlage.

Herr Ranly fragt nach, wie die Sozialkontrolle gestärkt werden soll. Frau Assenmacher führt aus, dass die Grünanlage offen gestaltet werden soll, d.h., es wird keine dunklen Ecken mehr geben.

Frau Kaleß möchte wissen, wohin die jetzigen Personen können, die sich bisher dort aufhalten und ob die Interessen des angrenzenden Heimes AGO berücksichtigt werden.

Frau Assenmacher hat diesbzgl. mit dem Heimleiter gesprochen, der zwar eine Öffnung zum Park vom Heim aus haben möchte, dies aber derzeit an finanziellen Mitteln scheitert.

Zu dem jetzt dortigen Personenkreis führt Frau Zollorsch aus, habe sich Frau Scherer ehrenamtlich bereits eingesetzt und versuche mit diesen Lösungen zu finden.

Herr Koch gab zu bedenken, bei der Umbaumaßnahme die Wege so zu befestigen, dass sie auch von Rollstuhlfahrern bzw. mit Rollatoren befahren werden können.

Herr Löhmann führt aus, dass diese Grünanlage in Anbindung an die Talbahn als Einfallstor zu Eschweiler zu sehen ist, die daher offen sein sollte. Man sollte aber den Personenkreis, der sich derzeit dort aufhalte, betreuen.

Im Anschluss an die Diskussion empfiehlt der Ausschuss mit einer Enthaltung dem Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss die vorgestellte Planung zur Umgestaltung der Grünanlage Bismarckstraße/Franzstraße zu beschließen.

Zu Punkt A 7 der Tagesordnung

Der neue Regelsatz der Sozialhilfe ab 01.07.07

Herr Effenberg erläutert kurz die vorgestellte Regelsatzerhöhung. Im Anschluss wird diese Leistung im Ausschuss diskutiert. Der Ausschuss bat Herrn Effenberg für die

nächste Sitzung eine Vorlage zu fertigen, die einen Querschnitt über die Hilfeempfänger in Eschweiler wiedergibt.

Zu Punkt A 8 Anfragen und Mitteilungen

Herr Effenberg teilt mit, dass ein neuer Seniorenwegweiser des Kreises Aachen erschienen ist und Exemplare mitgenommen werden können.

Der Seniorenwegweiser der Stadt Eschweiler liegt aktuell in Blaupause vor, soll 49 Seiten stark sein und zum 30.09.07 veröffentlicht werden.

Zum Mehrgenerationenhaus befragt teilt er mit, dass ein Antrag der Fraktionen SPD/Bündnis 90 die Grünen derzeit im Liegenschaftsamt liegt und dort federführend bearbeitet wird. Von dort soll zu einer Infoveranstaltung eine Referentin eingeladen werden.

Herr Effenberg teilte auf Rückfrage der Frau Zollorsch zur Antragsaufnahme der Heimanträge mit, dass der Kreis Aachen als örtlicher Träger diese ab 1.09.07 selbst aufnehmen werde. Er habe bereits alle Heimeinrichtungen informiert. Der Ausschuss sieht hierin einen Verlust der Bürgerfreundlichkeit und –nähe, da gerade ein solcher Personenkreis schwer in der Lage sein wird, die dortigen Örtlichkeiten aufzusuchen. Frau Zollorsch wird im nächsten Kreisausschuss den Protest des Ausschusses bekannt geben.

Die Landesseniorenvertretung gibt ein Mitteilungsblatt „Nun reden wir“ 4 x jährlich heraus. Diese werden der Ausschussvorsitzenden übersandt und liegen in der Sitzung zur Mitnahme aus. Zukünftig werden sie an der Information ausliegen. Bei Interesse an weiteren Informationen ist die LSV im Internet unter www.lsv-nrw.de zu erreichen.

In der letzten Sitzung wurde festgelegt, dass Ergebnisse der kommunalen Pflegeplanung mitgeteilt werden. Herr Effenberg führt hierzu aus, dass am 3.5.07 eine erneute Sitzung stattgefunden hat. Alle Städte wurden aufgefordert den aktuellen Sachstand zur Umsetzung vor Ort lt. Vordruck bis Mitte Oktober 2007 zu melden, damit die Fortschreibung der kommunalen Pflegeplanung in der nächsten Kreissozialausschusssitzung erfolgen kann. Die nächste Sitzung der kommunalen Pflegeplanung wird Anfang 2008 erfolgen.

Herr Effenberg stellt die aktuellen Zahlen der Sozialhilfe des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2006 vor, die jetzt veröffentlicht wurden. Danach sind in der Grundversicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII Mehrausgaben um 12 % entstanden. In Eschweiler sind im Zeitraum von 08/06 – 08/07 8,3 % = 124.447.41 Euro Mehrausgaben angefallen. Derzeit liegen die Ausgaben im SGB XII bei 2.011.736,35 Euro, dies entspricht mtl. ca. 251.467,00 Euro.

Frau Kaleß möchte auch im Sozialausschuss das positiv stattgefundenere Folklorefest auf dem Markt herausheben und findet die Lösung das Fest im Anschluss an das EMF dort ebenfalls stattfinden zu lassen sinnvoll. Frau Zollorsch wird sich im Integrationsrat im Namen des Sozialausschusses für das tolle Fest bedanken.



Protokoll der Mitgliederversammlung 2007

Ort: Erfthalle in Kerpen Türrich

Datum/Zeit: 25. April 2007
10:00 - 16:30 Uhr

Mitglieder: 91 Delegierte, 72 Gastdelegierte (s. Anhang Nr. 1)

- TOP 1** **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Frau Dr. Renn**
Dr. Uta Renn begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
Einen besonderen Gruß richtet sie an: Minister Armin Laschet, die Bürgermeisterin von Kerpen, Marlies Sieburg, die stellvertretende Bürgermeisterin Hildegard Diekhans, Jakob Müller, den Vorsitzenden des Seniorenbeirates der Stadt Kerpen und die anwesenden Ehrengäste. Ein besonderer Gruß gilt den 10 neuen Mitgliedern der LSV NRW.
In einer Gedenkminute werden die Verstorbenen des letzten Jahres geehrt.
Danach wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.
Anschließend gibt Gaby Schnell Informationen zur Organisation des Tages.
- TOP 2** **Grußworte**
Minister Armin Laschet
(Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW)
Marlies Sieburg, Bürgermeisterin der Stadt Kerpen
Jakob Müller, Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Kerpen
- TOP 3** **Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers**
Dr. Uta Renn schlägt Hilde Jaekel, die Schriftführerin des Vorstandes, als Protokollführerin vor. Der Vorschlag wird ohne Gegenstimme angenommen. Hilde Jaekel nimmt die Wahl an.
- TOP 4** **Annahme/Erweiterung der Tagesordnung**
Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form angenommen.

TOP 5 **Abstimmung über die zugestellte Geschäftsordnung**
Die Geschäftsordnung wird in der vorgelegten Form angenommen.

TOP 6 **Bestätigung des Protokolls der Mitgliederversammlung 2006**
Dr. Uta Renn weist darauf hin, dass innerhalb der satzungsgemäßen Frist von vier Wochen nach Zugang des Protokolls keine schriftlichen Einwendungen in der Geschäftsstelle eingegangen sind. Damit ist das Protokoll bestätigt.

TOP 7 **Berichte**

a) **Rechenschaftsbericht 2006 – Erledigung der Anträge aus 2006**

Der Rechenschaftsbericht 2006 ist allen Mitgliedern schriftlich zugestellt worden. Dr. Uta Renn erläutert den Rechenschaftsbericht und hebt die Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2006 hervor. Diese waren insbesondere:

- Mitgliederentwicklung
- Projekte der LSV NRW
- Besondere Aktivitäten der LSV NRW

Anschließend übergibt Dr. Uta Renn das Wort an Egon Backes. Er ruft die Berichte über die Erledigung der Anträge 2006 auf und erteilt den Berichtserstatter/innen das Wort.

Berichterstatter/innen:

Dr. Uta Renn: Anträge 1, 2, 3, 7, 8, 13, 14

Eleonore Köth-Feige: Anträge 4, 5, 6, 9, 17

Wilhelm Krümpelmann: Anträge 10, 12

Ruth Hunecke: Anträge 11, 18

Hilde Jaekel: Anträge 15, 16

(Schriftliche Berichte, s. Anhang Nr. 2)

Dr. Uta Renn übernimmt wieder die Versammlungsleitung.

b) **Bericht des Schatzmeisters**

Wilhelm Krümpelmann gibt einen ausführlichen Bericht über die Kassengeschäfte. Nähere Einzelheiten sind dem Rechenschaftsbericht zu entnehmen. (Schriftliche Erläuterungen, s. Anhang 4)

c) **Bericht der Kassenprüfer**

Dr. Uta Renn erteilt dem Kassenprüfer Ernst-Otto Löhmer das Wort.

Dieser trägt den Kassenbericht vor. Die Kassengeschäfte wurden ordnungsgemäß geführt. Es gab bei der Prüfung keine Beanstandungen.

Dr. Uta Renn dankt Herrn Löhmer für den Bericht und bedankt sich bei beiden Kassenprüfern, Ernst-Otto Löhmer und Hans-Jürgen Schütz, für die geleistete Arbeit.

d) **Aussprache**

Dr. Uta Renn ruft zur Aussprache zu den Berichten auf und bittet um Wortmeldungen. Es kommt zu einer kurzen Aussprache.

e) **Entlastung des Vorstandes**

Dr. Uta Renn ruft den Tagesordnungspunkt auf. Der Kassenprüfer, Herr Löhmer, stellt den Antrag auf Entlastung des Vorstandes. Die Entlastung des Vorstandes erfolgt einstimmig.

TOP 8

Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten

Dr. Uta Renn verweist auf die schriftlich vorliegenden Lebensläufe der Bewerberinnen und Bewerber und schlägt vor, die persönliche Vorstellung auf Wunsch nach Aufruf der Kandidaturen vorzunehmen. Es erfolgt kein Widerspruch.

TOP 9

Wahlen**a) Wahl eines Wahlausschusses**

Dr. Uta Renn nennt die vom Vorstand vorgeschlagenen Mitglieder des Wahlausschusses: Gerda Danz, Dieter Jaekel, Herbert Klemens, Irmgard Scheinemann und Hans-Jürgen Schütz. Barbara Eifert wird bei der Auszählung helfen.

Die Abstimmung über die Vorschläge erfolgt per Handzeichen.

Die Vorschläge werden ohne Gegenstimme angenommen. Die vorgeschlagenen Personen nehmen die Wahl an.

b) Wahl der Wahlleiterin/des Wahlleiters und Wahl der Stimmenzähler/innen

Dr. Uta Renn schlägt Ministerialrat Peter Fettweis als Wahlleiter vor und bittet um Handzeichen und Gegenprobe.

Peter Fettweis wird ohne Gegenstimme gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Dr. Uta Renn schlägt die Mitglieder des Wahlausschusses als Stimmenzähler vor.

Der Vorschlag wird angenommen. Die vorgeschlagenen Personen nehmen die Wahl an.

Herr Fettweis übernimmt die Wahlleitung.**b) Wahl der/des Vorsitzenden**

Vorgeschlagen wird **Dr. Uta Renn**. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Persönliche Vorstellung wird nicht gewünscht. Die Wahl erfolgt gemäß § 10 GO/MV Wahlen geheim.

Ergebnis: Abgegebene Stimmen: 94

93 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme

Dr. Uta Renn nimmt die Wahl an.

c) Wahl von zwei stellvertretenden Vorsitzenden

Vorgeschlagen werden **Egon Backes und Gaby Schnell**. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Persönliche Vorstellung wird nicht gewünscht. Geheime Wahl wird beantragt.

Ergebnis: Abgegebene Stimmen: 99

Egon Backes erhält 90 Ja-Stimmen.

Gaby Schnell erhält 91 Ja-Stimmen.

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

d) Wahl einer Schatzmeisterin/eines Schatzmeisters

Vorgeschlagen wird **Wilhelm Krümpelmann**. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Persönliche Vorstellung wird nicht gewünscht. Die Wahl erfolgt per Akklamation.

Ergebnis: Die Wahl erfolgt einstimmig.

Der Gewählte nimmt die Wahl an.

- e) **Wahl einer Schriftführerin/eines Schriftführers**
Vorgeschlagen wird **Hilde Jaekel**. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Persönliche Vorstellung wird nicht gewünscht. Die Wahl erfolgt per Akklamation.
Ergebnis: Die Wahl erfolgt einstimmig.
Die Gewählte nimmt die Wahl an.
- f) **Wahl von vier Beisitzerinnen oder Beisitzern**
Vorgeschlagen werden: **Jobst Heberlein, Rudolf Kalthoff, Rolf Kauls und Eleonore Köth-Feige**. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Persönliche Vorstellung wird bei den beiden erstmalig Kandidierenden, Jobst Heberlein und Rudolf Kalthoff, gewünscht. Die Wahl erfolgt per Akklamation.
Ergebnis: Die Wahl erfolgt bei 3 Enthaltungen ohne Gegenstimmen.
Die Gewählten nehmen die Wahl an.
- h) **Wahl von zwei Kassenprüferinnen/Kassenprüfern**
Vorgeschlagen werden: **Ernst-Otto Löhmer und Hans-Jürgen Schütz**. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Die Wahl erfolgt per Akklamation. Persönliche Vorstellung wird nicht gewünscht.
Ergebnis: Die Wahl erfolgt einstimmig.
Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Dr. Uta Renn übernimmt wieder die Versammlungsleitung.

TOP 10

**Abschiedsworte der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden
Ruth Hunecke**

Ruth Hunecke erhält das Wort, bedankt sich für die Zusammenarbeit und erläutert die Schwerpunkte ihrer Arbeit in den zurückliegenden sechs Jahren.

TOP 11

Anträge

Dr. Uta Renn ruft den TOP 11 auf und übergibt die Versammlungsleitung an Egon Backes

Egon Backes erläutert, dass in diesem Jahr die Antragsberatungskommission bereits gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung zusammengesetzt worden ist. Sie besteht aus Mitgliedern des Vorstandes und jeweils einem Mitglied einer Antrag stellenden Seniorenvertretung. Darüber hinaus hat die Vorbereitungskommission für die Mitgliederversammlung bereits in der Sitzung vom 14.08.06 beschlossen, dem Vorstand zu empfehlen, künftig bei Aufruf der Anträge zunächst dem/der Antragsteller/in das Wort zu erteilen und erst danach die Empfehlung der Antragsberatungskommission aufzurufen. Der Vorstand hat diese Empfehlung aufgegriffen.
(Behandlung der Anträge 2007, s. Anhang Nr. 3)

Dr. Uta Renn übernimmt wieder die Versammlungsleitung

TOP 12

Verschiedenes

Dr. Uta Renn ruft den Tagesordnungspunkt 12 auf und bittet um Redebeiträge.

- Es werden verschiedene Termine von Veranstaltungen bekannt gegeben.
- Hiltrud Wessling macht auf die EU-Richtlinie aufmerksam, die die Altenpflegeausbildung nicht anerkennt (s. Anhang Nr. 5).

TOP 11

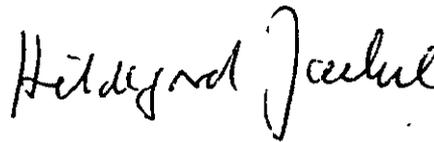
Schlusswort Gaby Schnell

Gaby Schnell dankt allen, die an der Vorbereitung der Mitgliederversammlung mitgewirkt haben. Sie freut sich über die gut verlaufene Versammlung und versichert den Anwesenden, dass der Vorstand weiterhin zum Wohle der Mitglieder tätig sein wird. Sie verweist insbesondere auf die geplanten Seminare für die Mitglieder und die Dresdenfahrt vom 7. – 11. Oktober 2007.

02. Mai 2007



Dr. Uta Renn
Vorsitzende



Hildegard Jaekel
Schriftführerin

- | | |
|--------------|------------------------------|
| Anhang Nr. 1 | Anwesenheitsliste |
| Anhang Nr. 2 | Berichte Anträge 2006 |
| Anhang Nr. 3 | Anträge 2007 |
| Anhang Nr. 4 | Bericht des Schatzmeisters |
| Anhang Nr. 5 | Beitrag von Hiltrud Wessling |

Anhang Nr. 1**Anwesende, stimmberechtigte Seniorenvertretungen:**

- | | | | |
|-----|---------------------|-----|----------------------------|
| 1. | Aachen, Kreis | 48. | Mettmann |
| 2. | Aachen, Stadt | 49. | Minden |
| 3. | Altenberge | 50. | Moers |
| 4. | Arnsberg | 51. | Monheim |
| 5. | Bergisch Gladbach | 52. | Morsbach |
| 6. | Bielefeld | 53. | Mülheim |
| 7. | Bochum | 54. | Münster |
| 8. | Bönen | 55. | Niederkassel |
| 9. | Borken | 56. | Oberbergischer Kreis |
| 10. | Bottrop | 57. | Oberhausen |
| 11. | Dörentrup | 58. | Olpe |
| 12. | Dorsten | 59. | Overath |
| 13. | Dortmund | 60. | Porta Westfalica |
| 14. | Duisburg | 61. | Pulheim |
| 15. | Düren | 62. | Ratingen |
| 16. | Düsseldorf | 63. | Recklinghausen |
| 17. | Erfstadt | 64. | Remscheid |
| 18. | Erkrath | 65. | Rheda-Wiedenbrück |
| 19. | Eschweiler | 66. | Rhede |
| 20. | Essen | 67. | Rheine |
| 21. | Geldern | 68. | Rheinisch-Bergischer-Kreis |
| 22. | Gelsenkirchen | 69. | Rommerskirchen |
| 23. | Gladbeck | 70. | Rösrath |
| 24. | Greven | 71. | Schwerte |
| 25. | Grevenbroich | 72. | Selm |
| 26. | Gütersloh | 73. | Siegen |
| 27. | Hagen | 74. | Soest |
| 28. | Haltern | 75. | Solingen |
| 29. | Hemer | 76. | Sprockhövel |
| 30. | Herne | 77. | Steinhagen |
| 31. | Herzebrock-Clarholz | 78. | Straelen |
| 32. | Herzogenrath | 79. | Sundern |
| 33. | Hürth | 80. | Troisdorf |
| 34. | Ibbenbüren | 81. | Übach-Palenberg |
| 35. | Iserlohn | 82. | Voerde |
| 36. | Kalletal | 83. | Waltrop |
| 37. | Kerpen | 84. | Wermelskirchen |
| 38. | Kevelaer | 85. | Wesel |
| 39. | Köln | 86. | Wesseling |
| 40. | Krefeld | 87. | Wetter |
| 41. | Leverkusen | 88. | Willich |
| 42. | Löhmar | 89. | Wülfrath |
| 43. | Löhne | 90. | Wuppertal |
| 44. | Lüdinghausen | 91. | Würselen |
| 45. | Lünen | | |
| 46. | Marl | | |
| 47. | Meschede | | |

**Nicht stimmberechtigte
Seniorenvertretung:**

- | | |
|---|------|
| 1 | Unna |
|---|------|

Nicht anwesende Seniorenvertretungen:

1. Ascheberg
2. Bad Lippspringe
3. Bad Oeynhausen
4. Bocholt
5. Burscheid
6. Datteln
7. Detmold
8. Dinslaken
9. Erwitte
10. Espelkamp
11. Extertal
12. Geseke
13. Halle
14. Halver
15. Hamm
16. Hattingen
17. Herford
18. Hilden
19. Hüllhorst
20. Issum
21. Kierspe
22. Kirchlengern
23. Kreuztal
24. Kürten
25. Langenberg
26. Lengerich
27. Lippstadt
28. Marsberg
29. Nachrodt
30. Oerlinghausen
31. Preußisch Oldendorf
32. Rees
33. Rheinberg
34. Rietberg
35. Schieder-Schwalenberg
36. Sendenhorst
37. Spenge
38. Vlotho
39. Werne
40. Wesel, Kreis
41. Zülpich

Anhang Nr. 2 Berichte Anträge 2006**Antrag Nr. 1** wurde mehrheitlich abgelehnt.**Antrag Nr. 2** **Überleitung vom Krankenhaus in die Pflege gem. § 3 Landespflegegesetz**
„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich bei der Landesregierung bzw. beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) dafür einzusetzen, dass die Überleitung vom Krankenhaus in die Pflege gem. § 3 Landespflegegesetz trägerunabhängig erfolgt.“**Antragsteller:** Vorstand LSV NRW**Bearbeitung:** Dr. Uta Renn**Ergebnis:** Der Gesetzgeber ist informiert, sieht sich jedoch - über das in § 3 bereits festgelegte - außerstande, hier noch weiter tätig zu werden.

Die LSV NRW hat sich dafür eingesetzt, dass die Bedeutung der Überleitung nach § 3 Landespflegegesetz durch die Aufnahme auf die Priorisierungsliste unterstrichen wurde.

Zudem hat die LSV NRW bei der Landesstelle Pflegende Angehörige die Erstellung einer Checkliste für den Übergang vom Krankenhaus in die Pflege angeregt. Diese Checkliste wird in diesem Jahr erstellt. Sie richtet sich an Betroffene.

Antrag Nr. 3 **Zugang zu Leistungen im Gesundheitswesen durch ältere Menschen**

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich bei Bund und Land dafür einzusetzen, dass älteren Menschen nicht länger der Zugang zu Leistungen im Gesundheitswesen verwehrt wird.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW**Bearbeitung:** Dr. Uta Renn**Ergebnis:** Gespräche mit Krankenkassen und kassenärztlicher Vereinigung haben leider ergeben, dass mit der Gesundheitsreform, die zum 1. April in Kraft tritt, die Leistungen für ältere Menschen eher noch stärker eingeschränkt werden. Das Gesundheitspräventionsgesetz, mit dem wir uns eine Verbesserung im Bereich der Tertiärprävention versprechen, liegt seit 2004 leider auf Eis.

Die LSV NRW hat sich dafür eingesetzt, dass dieses Thema in die Priorisierungsliste des Landespflegeausschusses aufgenommen wurde. Insgesamt ist dies ein Thema an dem „ein langer Atem“ gefragt ist. Die LSV NRW bleibt dran!

Antrag Nr. 4 **Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht, Forderung: Bessere Beratung**

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich im Land dafür einzusetzen, dass fachkundige, neutrale Beratungsangebote für die Niederlegung einer Patientenverfügung bekannter gemacht werden und gegebenenfalls ausgebaut werden.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW**Bearbeitung:** Eleonore Köth-Feige**Ergebnis:** Grundsätzlich soll gelten:

Selbststimmungsrecht hat auch bei Patientenverfügungen höchste Priorität. Es muss aber auch die Grenze des rechtlich Zulässigen beachtet werden. Auch wenn man selber nicht mehr entscheidungsfähig ist, sollen die im Voraus getroffenen eigenen Anordnungen grundsätzlich verbindlich und vom Arzt und Betreuer zu befolgen und umzusetzen sein. Das Justizministerium hat hier lediglich in einer Broschüre Empfehlungen ausgesprochen. Die Parteien wollen daher die Patientenverfügung noch in diesem Jahr gesetzlich regeln.

Die LSV NRW wird die Mitglieder über den weiteren Fortgang der Gesetzesvorlagen informieren und darüber berichten.

Die LSV NRW hat zu diesem Thema ein LSV INFO AKTUELL (Nr. 12) herausgegeben, zudem ist die Ausgabe Nr. 57 (September 2006) der NUN R DEN WIR

mit diesem Schwerpunkt erschienen. Ferner wurde das Thema in das Gespräch mit der CDU Landtagsfraktion eingebracht.

Die BAG LSV hat immer wieder in Schreiben und Stellungnahmen auf die zuständigen Stellen eingewirkt, z.B.: Schreiben an Bundesjustizministerin am 18.02.2004, Thema: rechtliche Absicherung der Patientenverfügung. Zuletzt Schreiben vom 21.04.2007, Thema: Patientenautonomie (s. Antrag Nr. 9).

Antrag Nr. 5 wurde nach kontroverser Diskussion zurückgezogen.

Antrag Nr. 6 **Rauchmelder retten Leben, Forderung: Rauchmelder sollten Pflicht werden**
„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich bei Bund und Land dafür einzusetzen, dass so schnell wie möglich durch Gesetz die Anbringung von Rauchmeldern in Wohnbereichen vorzunehmen ist.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Eleonore Köth-Feige

Ergebnis: Auf Anfrage hat das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW der LSV NRW mitgeteilt, dass sie sehr wohl den großen Nutzen installierter Rauchwarnmelder als Frühwarnsystem bei Bränden in Gebäuden sieht. Gleichwohl setzt sie auf eine freiwillige Ausstattung der Gebäude und Wohnungen. Der Landtag hat über das Thema Rauchwarnmeldepflicht diskutiert und dazu Sachverständige gehört. Nur wenn das Ziel mit den vorgegebenen Maßnahmen nicht erreicht werden sollte, ist eine gesetzliche Verpflichtung zum Einbau von Rauchwarnmeldern in Gebäuden und Wohnungen in Erwägung zu ziehen.

Maßnahmen: Beim Bau von Sozialwohnungen ist seit 2006 der Einbau von Rauchmeldern Voraussetzung für eine Landesförderung. Weiter haben große Wohnungsunternehmen der LSV NRW gegenüber signalisiert, dass sie entsprechende Konzeptionen in ihren Wohnungsbestand umsetzen werden.

Antrag Nr. 7 **Behandlung altersverwirrter Menschen im Krankenhaus**
„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich bei den Gemeinden des Landes dafür einzusetzen, dass der vom Gesundheitsamt der Stadt Köln entwickelte „Überleitungsbogen“ landesweit zum Einsatz kommt. Dadurch lässt sich die Situation von altersverwirrten Menschen bei somatischen Erkrankungen in Allgemeinkrankenhäusern sichtbar verbessern.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Dr. Uta Renn

Ergebnis: Um die Situation altersverwirrter Menschen in Allgemeinkrankenhäusern zu verbessern, findet derzeit ein Modellprojekt zur „Verbesserung der Versorgung demenzkranker älterer Menschen im Krankenhaus“ unter der Federführung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW statt. Das Projekt wird durchgeführt an Krankenhäusern in Essen, Herdecke, Köln-Porz und Viersen. Die LSV NRW ist Mitglied im Projektbeirat.

Antrag Nr. 8 **Kurzzeitpflege am Krankenhaus mit Überleitung in die Häuslichkeit**
„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich bei den Gemeinden des Landes sowie beim Land dafür einzusetzen, dass das Praxisbeispiel der Stadt Köln zur Kurzzeitpflege am Krankenhaus mit Überleitung in die Häuslichkeit weitere Verbreitung findet.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Dr. Uta Renn

Ergebnis: Auf diesem Feld werden zurzeit - im Rahmen der durch den Krankenhaubedarfsplan vorgegebenen Bettenreduzierung - Kurzzeitpflegeabteilungen eingerichtet. Das Kölner Beispiel wurde im Übrigen durch den Landespflegeausschuss NRW allen beteiligten Kommunen bekannt gemacht.

Die LSV NRW hat das Thema im Rahmen ihres Seminars im AZK 2006 aufgenommen.

Antrag Nr. 9 **Rechtssicherheit bei Patientenverfügungen**

Die Seniorenvertretung der Stadt Lohmar bittet die LSV NRW, auf der politischen Ebene tätig zu werden für Rechtssicherheit bei Patientenverfügungen.

Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Lohmar

Bearbeitung: Eleonore Köth-Feige

Ergebnis: Grundsätzlich soll gelten:

Selbststimmungsrecht hat auch bei der Patientenverfügung höchste Priorität. Es muss aber auch die Grenze des rechtlich Zulässigen beachtet werden. Auch wenn man selber nicht mehr entscheidungsfähig ist, sollen die im Voraus getroffenen eigenen Anordnungen grundsätzlich verbindlich und vom Arzt und Betreuer zu befolgen und umzusetzen sein. Das Justizministerium hat hier lediglich in einer Broschüre Empfehlungen ausgesprochen. Die Parteien wollen daher die Patientenverfügung noch in diesem Jahr gesetzlich regeln. Die LSV NRW wird die Mitglieder über den weiteren Fortgang der Gesetzesvorlagen informieren und darüber berichten.

Die LSV NRW hat das Thema im Rahmen des LSV INFO AKTUELL Nr. 12 aufgegriffen (s. Antrag Nr. 4).

Antrag Nr. 10 **Bewegung und Sport für Seniorinnen und Senioren - Gesundheitsförderung - Prävention und Rehabilitation**

Die Seniorenvertretungen in Nordrhein-Westfalen werden nochmals gebeten, sich verstärkt für Bewegungs- und Sportangebote für ältere Menschen einzusetzen. Dies in Verbindung mit den Stadt- und Kreisverbänden, die ihrerseits vom Landessportbund NRW aufgefordert werden, die Sportvereine im Bereich „Sport der Älteren“ zu aktivieren.

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Wilhelm Krümpelmann

Ergebnis: Im August 2006 ist vom LandesSportBund NRW in Kooperation mit dem NRW-Innenministerium und der Landesseniorenvertretung NRW die Broschüre "Zukunft gestalten - aktiv und gesund älter werden in NRW" erschienen. Sie wurde vom LandesSportBund NRW allen Kreis- und Stadtsportverbänden mit der Bitte zugeleitet, sich für eine Intensivierung der Bewegungs- und Sportangebote durch die Sportvereine - in Verbindung mit den örtlichen Seniorenvertretungen - einzusetzen. Die Seniorenvertretungen haben die gleiche Broschüre mit einem gemeinsamen Brief des LandesSportBundes und der Landesseniorenvertretung NRW etwa im Oktober 2006 erhalten und zwar ebenfalls mit der Bitte, sich mit den Stadt- und Kreissportverbänden und den Sportvereinen am Ort gemeinschaftlich für eine Intensivierung der Bewegungs- und Sportangebote für Senioren, aber auch für deren Wahrnehmung und die Beteiligung an diesen Angeboten, einzusetzen.

Antrag Nr. 11 **Alter und Sucht**

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, das Thema Alter und Sucht zu kommunizieren und die Ärzteschaft dabei zu unterstützen.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Ruth Hunecke

Ergebnis: Das Thema "Alter und Sucht" ist nach wie vor ein Tabuthema. Frau Dr. Renn hat im Sommer 2006, anlässlich eines Gesprächs bei der Ärztekammer Rheinland, auf diese Thematik hingewiesen und um Unterstützung durch die Ärzteschaft gebeten. Die LSV hat dieses Thema im "Info-LSV-Aktuell" Nr. 18 (September 2006) noch einmal aufgegriffen. Sie hat den Seniorenvertretungen wertvolle Anregungen

gegeben und ausführlich auf die Arbeit der DHS – Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Hamm, hingewiesen.

Antrag Nr. 12 Altersrenten, Wirtschaftsentwicklung und Nullrunden

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich beim Bund und beim Land dafür einzusetzen, dass die Altersrenten künftig nicht durch sog. Nullrunden weiter stagnieren und durch die jährliche Inflationsrate weiter an Kaufkraft verlieren. Die Altersrenten müssen - wie in den zurückliegenden Jahren - der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst und durch den Nettolohnzuwachs erhöht werden.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Wilhelm Krümpelmann

Ergebnis: Es wurde vom Vorstand der LSV NRW ein Rentenpapier der LAGSO NRW vorgelegt, die ihrerseits auf der Sitzung am 7.3.07 die Entschließung zum Thema Altersrenten verabschiedet hat. Die Entschließung soll allen Bundestagsfraktionen in Kürze zugestellt werden. Das Rentenpapier wurde bereits in der März-Ausgabe der LSV-Zeitung veröffentlicht. Ein neuer Antrag zur Situation der Altersrenten und deren Erhöhung wird der Mitgliederversammlung 2007 vorgelegt.

Antrag Nr. 13 Gleichstellung der Refinanzierung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften und stationären Einrichtungen

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich beim Bund und beim Land dafür einzusetzen, dass die Refinanzierung durch die Pflegeversicherung bei ambulanten und stationären Versorgungssystemen gleichgestellt wird.“

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Dr. Uta Renn

Ergebnis: Das Thema Pflegeversicherung befindet sich zurzeit in der politischen Diskussion. Dabei ist eine Angleichung der Pflegesätze bei ambulanten und stationären Versorgungssystemen geplant.

Antrag Nr. 14 Versorgung mit Ärzten/Fachärzten in ländlichen Bereichen

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich im Bund und Land dafür einzusetzen, dass flächendeckend die ärztliche/fachärztliche Versorgung in den Stadtteilen der Kommunen und ländlichen Bereichen in unserem Land gesichert ist. Vorstellbar wäre die Einrichtung von sog. „Sprengelbereichen“.

Antragsteller: Vorstand LSV NRW

Bearbeitung: Dr. Uta Renn

Ergebnis: Die LSV hat bei einem Gespräch mit der Ärztekammer Nordrhein auf dieses Thema hingewiesen, das Problem ist dort bekannt. Ein weiteres Gespräch mit der Ärztekammer Westfalen-Lippe steht bevor. Bund und Land sind für dieses Thema nicht zuständig.

Antrag Nr. 15 Schriftgrößen von Fahrplänen und Leuchtschriftanzeigen der DB AG

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Lesbarkeit von Fahrplanaushängen der Deutschen Bahn AG erhöht und die Farbe „Rot“ bei Leuchtschriftanzeigen künftig in den Zügen vermieden wird“.

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Iserlohn

Bearbeitung: Hilde Jaekel

Ergebnis: Siehe Antwortschreiben vom 12.03.07 der DB: zur Zeit ist keine Änderung vorgesehen, erst, wenn noch mehr Reisende dieses Problem aufgreifen. Daher der Aufruf an die Mitglieder, sich bei der DB zu melden.

Wie angekündigt der Hinweis der DB: Um den Reisenden behilflich sein zu können, ist jedoch die vorherige telefonische Anmeldung über die Mobilitäts-Servicezentrale unter 0180 5 512 512 notwendig.

Antrag Nr. 16 Ausgleich von Aufwendungen

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich auf kommunaler Ebene dafür einzusetzen, dass die finanziellen Auslagen den ehrenamtlich Tätigen erstattet werden. Auslagen, die nicht erstattet werden, müssen steuerlich absetzbar sein.“

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Moers

Bearbeitung: Hilde Jaekel

Ergebnis: Ist ein Referentenentwurf für ein Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 14.12.2006 18:34 Uhr, Bearbeitungsstand: Steuerermäßigung bei freiwilligen unentgeltlichen ehrenamtlichen Tätigkeiten zur Förderung mildtätiger Zwecke.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

Artikel 1 Änderung des Einkommensteuergesetzes

Artikel 2 Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 2000

Artikel 3 Änderung des Körperschaftsteuergesetzes

Artikel 4 Änderung des Gewerbesteuergesetzes

Artikel 5 Änderung der Abgabenordnung

Artikel 6 Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Artikel 7 Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Artikel 8 Inkrafttreten

Antrag Nr. 17 Heimbeiräte

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass in den Heimbeiräten gesetzlich ein Platz für ein Mitglied eines Senioren(bei)rates vorzusehen ist, wenn am Sitz des Heimes ein solcher Senioren(bei)rat vorhanden ist und dieser sich bereit erklärt, in den jeweiligen Heimbeiräten mitzuwirken.“

Antragsteller: Seniorenrat der Stadt Ratingen

Bearbeitung: Eleonore Köth-Feige

Ergebnis: Ursprünglich konnte laut Heimmitwirkungsverordnung nur in den Heimbeirat gewählt werden, wer selbst im Heim wohnt. Der Gesetzgeber hat eine Änderung des Heimgesetzes vom 01.01.2002 herbeigeführt, in dem andere Wahlmöglichkeiten zugelassen sind.

Die in den Kommunen vertretenen Seniorenvertretungen haben die Möglichkeit, entsprechende Kontakte zur Mitwirkung in einem Heimbeirat aufzunehmen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Heimbeiratsarbeit müssen bekannter werden. Das Land NRW ist neben anderen Bundesländern daran interessiert, dass Heimbeiräte und Heimfürsprecher Unterstützungsmaßnahmen angeboten bekommen, die den gesetzlichen und lebenspraktischen Anforderungen genügen.

Die Mitarbeit am ISIS-Projekt erwähnen, eine Befragung zur Mitwirkung von Heimbeiräten.

Außerdem: In der AG Entbürokratisierung hat sich die LSV NRW für den Bestand der derzeitigen Regelungen eingesetzt, die beschränkt werden sollten. Zudem wird dieses Thema bei den Diskussionen Heimgesetz (s. Eckpunkte) auf Landesebene wieder ein Thema. M. a. W.: Die LSV NRW bleibt dran!

Antrag Nr. 18 Verlängerung des Projektes „Landesstelle Pflegende Angehörige“

„Der Vorstand der LSV NRW wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass das Projekt *Landesstelle Pflegende Angehörige* verlängert wird.“

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Wermelskirchen

Bearbeitung: Ruth Hunecke

Ergebnis: Das Projekt läuft bis zum 15.08.2007. Der Antrag auf Verlängerung des Projektes wird rechtzeitig gestellt.

Anhang Nr. 3 Anträge 2007**Antrag Nr. 1 Persönliche Einbringung von Anträgen auf der Mitgliederversammlung****Antragsteller:** Seniorenbeirat der Stadt Dorsten**Sprecher der Kommission:** Wilhelm Krümpelmann**Empfehlung:** Die Kommission empfiehlt Annahme bei folgender Änderung: „Initiatoren/innen eines Antrages an die Mitgliederversammlung der LSV NRW sollen nach Aufruf des Antrages ihren Antrag durch eine/n Beauftragte/n selbst vortragen und begründen.“ Der Absatz 1 in der Begründung wird gestrichen.**Ergebnis:** **Der Antrag wird mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.**

Antrag Nr. 2 Verbraucherschutz für ältere Verbraucher**Antragsteller:** Seniorenvertretung im Oberbergischen Kreis (SVO)**Sprecherin der Kommission:** Gaby Schnell**Empfehlung:** Die Kommission empfiehlt Annahme bei folgender Änderung: Am Schluss des Antrages sollen die Worte: "im Besonderen durch Aufklärung und Information" eingefügt werden.**Ergebnis:** **Der Antrag wird mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen.**

Antrag Nr. 3 Feinstaubbelastung in verkehrsdichten Zonen**Antragsteller:** Seniorenbeirat der Stadt Bochum**Sprecher der Kommission:** Theodor Kraushaar**Empfehlung:** Auf Empfehlung der Antragberatungskommission zieht der Antragsteller seinen Antrag zurück und bringt das Antragsbegehren in Form einer Entschließung ein. Die Entschließung wird in der Mitgliederversammlung als Tischvorlage ausgehändigt.**Ergebnis:** **Die Entschließung wird mit sieben Gegenstimmen und acht Enthaltungen angenommen.**

Antrag Nr. 4 Gebrauch der Deutschen Sprache**Antragsteller:** Seniorenbeirat der Stadt Minden**Sprecher der Kommission:** Dieter Jaekel**Empfehlung:** Die Kommission empfiehlt Annahme. Der Antragsschluss soll wie folgt ergänzt werden: „...dass mehr von der Deutschen Sprache Gebrauch in korrekter Form gemacht wird.“**Ergebnis:** **Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.**

Antrag Nr. 5 Zeitlich begrenzter Führerschein für Senioren**Antragsteller:** Seniorenbeirat der Stadt Krefeld**Sprecher der Kommission:** Dieter Pohl**Empfehlung:** Die Kommission empfiehlt Ablehnung des Antrages in der vorgelegten Form. Sie regt an, das Begehren in Form einer Entschließung zu fassen. Diese Willensäußerung sollte zum Ausdruck bringen, dass Regelungen, die an ein bestimmtes Alter gebunden werden, diskriminierend sind. Regulierende Vorschriften über die Fahrerlaubnis müssen alle Verkehrsteilnehmer in gleichem Maß erfassen.**Ergebnis:** **Mit wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung wird der Vorschlag der Antragskommission angenommen.**

Antrag Nr. 6 Einbeziehung der jeweils örtlichen Seniorenvertretung in die Vorbereitung und Organisation der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Minden

Sprecher der Kommission: Wilhelm Krümpelmann

Empfehlung: Die Kommission empfiehlt Annahme.

Ergebnis: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag Nr. 7 Standorte der Mitgliederversammlungen

Antragsteller: Vorstand der LSV NRW,

Sprecherin der Kommission: Ruth Hunecke

Empfehlung: Die Kommission empfiehlt Annahme bei folgender Änderung: das Wort „festen“ vor „Standort“ soll durch das Wort „zentralen“ ersetzt werden.

Ergebnis: Der Antrag wird mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen.

Antrag Nr. 8 Erhebung zur finanziellen Situation der Seniorenvertretungen

Antragsteller: Vorstand der LSV NRW,

Sprecher der Kommission: Rolf Freudenthal

Empfehlung: Die Kommission empfiehlt Annahme.

Ergebnis: Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen.

Antrag Nr. 9 Altersrenten, Wirtschaftsentwicklung und Nullrunden

Antragsteller: Vorstand der LSV NRW

Sprecher der Kommission: Dieter Pohl

Empfehlung: Die Kommission empfiehlt Annahme.

Ergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich zur intensiveren Beratung zurückgezogen.

Antrag Nr. 10 Korrekturen von Zeitvorgaben für die Pflege von Schwerstpflegefällen

Antragsteller: Seniorenvertretung Köln

Sprecherin der Kommission: Gaby Schnell

Empfehlung: Die Kommission empfiehlt Annahme.

Ergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich mit einer Enthaltung angenommen.

Anhang Nr. 4 Bericht des Schatzmeisters - Haushalt 2006

Die Haushalts- und Kassenlage der Landesseniorenvertretung NRW war in allen Monaten des Jahres 2006 sehr stabil und sehr zufriedenstellend. Diese Feststellung berücksichtigt die etwas höheren Gesamtausgaben im Vergleich zu den Zuwendungen. Für die Aufwendungen im Januar 2006 konnten im Haushalt 2005 im November und Dezember 2005 kurzfristig Kostenreserven in Höhe von € 4.221 gebildet werden. Durch den Zuwendungsbescheid in der zweiten Januar-Hälfte 2006 über € 63.250 für das erste Halbjahr 2006 war stets die für die LSV-Aufgaben notwendige Liquidität vorhanden. Am 18. Juli 2006 wurde der Zuwendungsbescheid für das zweite Halbjahr 2006 ebenfalls in Höhe von € 63.250 übersandt. Die Finanzmittel werden alle zwei Monate in Teilbeträgen abgerufen.

Anhand mehrerer Charts wurden die Gesamtausgaben 2005 und 2006 im Vergleich mit den Zuwendungen dargestellt, ebenfalls die Mehrausgaben in 2006 in Höhe von € 874,95 und die Zuwendungen für das Planjahr 2007. Dazu dann die Personalausgaben, der Verwaltungsaufwand und die Ausgaben für die veranstalteten LSV-Seminare. Bei den Verwaltungsausgaben kam es zu Mehrausgaben gegenüber den Haushaltsansätzen, was im Wesentlichen durch die MV 2006 in Minden und durch Gerätebeschaffung (Ersatzbedarf PC's und Scanner) für die Geschäftsstelle und Vorstandsmitglieder ausgelöst wurde. Bei den Seminarausgaben konnten die Haushaltsansätze deutlich unterschritten werden, was auf die Übernahme von Kosten durch Seminarveranstalter sowie die aus personellen Gründen notwendige Begrenzung von Seminarveranstaltungen zurückzuführen war.

Die vorerwähnten Mehrausgaben im Gesamthaushalt 2006 sind durch drei Buchungsfehler Ende November 2006 verursacht worden, die erst sehr viel später in der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dierkes bemerkt wurden. Die Bezirksregierung Münster wurde darüber bereits im Februar 2007 informiert und in Verbindung mit dem Verwendungsnachweis für 2006, der mit allen Belegen im April 2007 der Bezirksregierung eingereicht werden konnte, wurde der Antrag auf Verrechnung der Mehrausgaben in 2006 mit den Minderausgaben in 2005 gestellt.

Durch das zu Beginn des Haushaltsjahres 2005 eingeführte System der monatlichen Kostenübersichten der WPG Dierkes und der Beleglisten in der Geschäftsstelle, die jeweils allen Vorstandsmitgliedern und Frau Eifert (in Zukunft auch den Kassenprüfern) zugestellt werden, ist eine Kostentransparenz erreicht worden, die ihresgleichen sucht.

2. Mai 2007

Wilhelm Krümpelmann

Anhang Nr. 5 TOP 12 Beitrag von Hiltrud Wessling**EU-Richtlinie erkennt Altenpflegeausbildung nicht an**

Im September vergangenen Jahres haben das Europäische Parlament und der Europäische Rat die neue Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen für rund 150 Berufe von Selbstständigen, Freiberuflern und Arbeitnehmern (Richtlinie 2005/36/EG) verabschiedet. Damit wurde sich auf das künftig europaweit entscheidende Rechtsinstrument zur gegenseitigen Anerkennung für die Berufsgruppen in den Bereichen Gesundheit und öffentliche Sicherheit verständigt. Die Richtlinie, die von allen EU-Staaten bis Ende September 2007 in nationales Recht umgesetzt werden muss, tritt am 20.10.2007 in Kraft und löst die bisherigen EU-Richtliniensysteme der berufsbezogenen und allgemeinen Anerkennung von Berufsqualifikationen ab. Sie beinhaltet folgende für das deutsche Gesundheitswesen relevanten Punkte: Nach der neuen Richtlinie wird die deutsche Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung in allen EU-Staaten voll umfänglich problemlos anerkannt werden. Bedingt anerkannt werden, wird die deutsche Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeausbildung. Pflegekräfte mit spezialisierter Erstausbildung, die per Definition nicht als Gesundheits- und Krankenpflegekräfte gelten, üben den Pflegeberuf nur innerhalb eines begrenzten Rahmens und nur auf eine bestimmte - jeweils unterschiedliche Art und Weise - aus. Hierunter fällt die europaweit singuläre deutsche Altenpflegeausbildung, die auch weiterhin keine Anerkennung in anderen EU-Staaten findet. Dem Antrag der Bundesrepublik, diese in den Katalog der EU-Richtlinie aufzunehmen, wurde leider nicht entsprochen.